

»Wissenschaft benötigt Positionierung – man sollte seine Überzeugungen auch gegen Unwillen und Unmutsbezeugungen verteidigen«

Der Historiker Ralf Roth über den von ihm herausgegebenen Sammelband, in dem die politische Unterdrückung und ökonomische Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit in Vergangenheit und Gegenwart untersucht wird.

UniReport: Herr Prof. Roth, der Anlass, eine Konferenz zum Thema zu veranstalten (und diesen Sammelband herauszugeben), datiert aus dem Jahre 2017. Selbst Ihre Mitherausgeberin, Frau Asli Vatansever war von einer Exilierung betroffen. Wie würden Sie die Ausgangslage damals beschreiben, wie hat es sich seitdem entwickelt?

Ralf Roth: Die Ausgangslage damals bildete eine ganze Reihe von Tendenzen in verschiedenen Ländern und Regionen der Welt, in denen sich die Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler*innen gegenüber den Jahren zuvor verschlechterten. Davon waren und sind ebenfalls die Bedingungen für die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihre Akzeptanz außerhalb der fachspezifischen Kreise der Forscher betroffen.

Das galt und gilt nicht nur für China, Russland und einer zunehmenden Zahl autokratischer Staaten, sondern auch für einige Länder in Osteuropa, Länder des Nahen Ostens und der arabischen Welt und selbst für einige Kernländer des Westens. Dramatisch entwickelte sich der Verfall in der Türkei mit ihren bedeutenden Hochschulen und Universitäten, die seit vielen Jahren einer politisch motivierten Repression unterliegen, die mit den Ereignissen von 2016 kulminierte und zum Ausschluss sowie zur Zwangsmigration und Exilierung Tausender von Wissenschaftlern geführt haben. Auch meine Mitherausgeberin Asli Vatansever musste ihre



Ralf Roth (Hg.),
Asli Vatansever (Hg.)
Scientific Freedom under Attack. Political Oppression, Structural Challenges, and Intellectual Resistance in Modern and Contemporary History
Frankfurt/New York:
Campus 2020
(aus der Reihe Normative Orders)

Ralf Roth ist außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Goethe-Universität Frankfurt.

Asli Vatansever ist Arbeitssoziologin; sie ist assoziierte Forscherin am Institut Re:Work der HU Berlin.

erfolgreiche akademische Karriere aufgeben und den Weg ins Exil antreten, nachdem sie politisch verfolgt wurde und alle erworbenen Sozialversicherungsansprüche verlor, weil sie sich mit Hunderten anderen Wissenschaftler*innen gegen die zunehmende Repression gewehrt hatte. Sie teilt seitdem das harte Brot der Exilierten. Dabei war es gerade die Universität Istanbul gewesen, die 1933 Frankfurter Wissenschaftlern, die von den Nationalsozialisten ins Exil getrieben worden waren, Aufnahme gewährt hat wie z. B. dem Ophthalmologen Josef Iggersheimer –, und zwar teilweise großzügiger als dies heute umgekehrt der Fall ist.

Gegen alle diese – einer aufgeklärten Welt unwürdigen – Tendenzen entfaltete sich ausgehend von den USA in den Jahren 2017 und 2018 die internationale Protestbewegung der sogenannten „Marches for Science“, u. a. auch hier in Frankfurt. Frau Vatansever hat damals die Initiative ergriffen, das Thema im Herausgeberkreis der Zeitschrift für Weltgeschichte aufzugreifen. Daraus ging mit Unterstützung des Exzellenzclusters „Normative Orders“ und auch des Kulturrates der Stadt Frankfurt die Konferenz vom November 2018 hervor, deren Ergebnisse wiederum in dem Sammelband dokumentiert sind. Das Thema ist leider noch genauso virulent und aktuell wie damals, wobei „genauso“ expressiv verbis – auch wenn es in den USA mit dem Regierungswechsel Lichtblicke gibt – eigentlich falsch ist, weil die Tendenzen leider in den meisten Ländern keine Trendumkehr erfahren haben, sondern sich eher in die wissenschaftsfeindliche Richtung weiterentwickelt haben.

Wie hat sich beispielsweise die Corona-Pandemie auf die Lage der Wissenschaften ausgewirkt?

Ich würde nicht sagen, dass die Pandemie derzeit das Hauptproblem bildet. Sie behindert sicher die für Forscher wichtige soziale

Interaktion. Sie schränkt ebenso zahlreiche Forschungsprozesse ein, erschwert die Lehre und verlangsamt die Fortschritte im wissenschaftlichen Diskurs und in der Verbreitung der Erkenntnisse. Davon ist aber der Freiheit, dem ganzen Spektrum an offenen Fragen nachzugehen, erst einmal kein unüberwindliches Hindernis entgegengesetzt. Ich halte die politisch und ideologisch motivierten Pressionen nach wie vor für das dringlichere Problem. Zumal ja die Wissenschaft bereits Instrumente zur Einhegung der Pandemie an die Hand gegeben hat. Doch führt das Thema Repression und Intransparenz durchaus auch zur Pandemie, insofern wegen staatlicher Vorbehalte und fehlender Wissenschaftsfreiheit die Weltöffentlichkeit über die Ursprünge der Pandemie immer noch im Dunkeln tappt. Solange das so ist, kann die medizinische Bekämpfung nur mit halber Kraft operieren.¹

Wie in Ihrem Sammelband dargestellt wird, reichen die Angriffe auf Wissenschaft und Wissenschaftler*innen bis weit ins 18./19. Jahrhundert zurück. Handelt es sich damit bei den aktuell zu beobachtbaren Phänomenen also im Prinzip um eine Dauerkrise der Wissenschaftsfreiheit? Oder gibt es Anlass, die aktuellen Entwicklungen mit besonderer Sorge zur Kenntnis zu nehmen?

Ich würde nicht von einer Dauerkrise der Wissenschaften in unseren wissenschaftsbasierten Gesellschaften sprechen. Von Dauer ist sicher der fragile Zustand zwischen Tendenzen zur Verbesserung der Forschungs- und Arbeitsbedingungen von Wissenschaftler*innen auf der einen Seite und auf der anderen ihren Verschlechterungen – wie dies für alle Freiheiten im Umkreis der Menschenrechte gilt. In der Geschichte kennen wir aber nicht nur Krisen, sondern ebenso längere Perioden der Verbesserung und Ausweitung der Freiheiten in und für die Wissenschaften und mit ihnen oftmals auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler*innen. Das ist m. E. seit der Aufklärung in der westlichen Welt immer noch die Haupttendenz, trotz aller Rückschläge, die gerade hier in Deutschland nicht unbekannt sind. Den Konjunkturen im Ausbau der Universitäten und dem Aufbau zahlreicher Forschungsinstitute sowie einer komplexen Wissensinfrastruktur stehen unfassbare Abgründe gegenüber, in denen Obskurantismus, Pseudolehren, ja, geradezu Wahnvorstellungen die deutsche Gesellschaft fest im Griff hielten. Wissenschaftler, ob gerade am Beginn einer Karriere oder Gelehrte von internationalem Ruf, wurden in großer Zahl vertrieben. Die Wissenschaften verfielen in wenigen Monaten und Gelehrte mit großer Expertise stellten sich in den Dienst einer verbrecherischen Rassenpolitik. Viele machten danach einfach weiter, als sei nichts geschehen – war doch nur von kurzer Dauer der Zivilisationsbruch. Nicht zuletzt deshalb laboriert die deutsche Gesellschaft noch heute an diesen Jahren der Vertreibung und des kulturellen Verfalls. Aber die Exilierten kamen (zu einem Teil) zurück und haben nach dem Krieg vielfach zu einer umso größeren Dynamik in der Entfaltung der Wissenschaften beigetragen.

Nein, wir können uns nicht auf der Einschätzung, Wissenschaft sei immer in der Krise, ausruhen, sondern müssen die gegenwärtigen Tendenzen mit Sorge und hoher Aufmerksamkeit betrachten und der Stimme der Wissenschaft wieder zu mehr Beachtung in der Öffentlichkeit verhelfen. Die massiv in den politischen Diskurs einbrechenden Irratio-

nalismen, Mythenbildungen, Verschwörungstheorien, schlichte Unwahrheiten und Lügen sind ein Menetekel, gegen die letztendlich nur Aufklärung im besten Sinne des Wortes hilft.

In den Beiträgen Ihres Buches geht es nicht nur um die politische Unterdrückung seitens autoritärer Systeme, sondern auch um die ökonomische Gefährdung des Wissenschaftsbetriebes. Warum ist es Ihrer Ansicht nach erforderlich, diese beiden doch so unterschiedlichen Aspekte zusammen zu betrachten?

Neben den politischen Freiheiten kommen auf jeden Fall noch weitergehende ökonomische und soziale Freiheiten hinzu, die zu beachten sind. Lehre und Forschung gibt es nicht zum Nulltarif, sondern sie bedürfen zu ihrer Praxis Orte, Gebäude, Sachmittel, zuweilen viel und teure Technologie – und last but not least Menschen, und zwar Menschen mit langen Ausbildungszeiten, was per se ein hoher gesellschaftlicher Kostenfaktor ist. Reiche Gesellschaften sollten sich überlegen, ob sie einen so hohen Teil ihrer Hochqualifizierten ein Leben lang unter völlig unzureichenden Arbeitsbedingungen fristen lassen. Ein akademisches Prekariat ist ein Luxus, den sich nur wenige Gesellschaften in der Welt leisten können. Die damit verbundenen halbfeudalen oder patriarchalischen Abhängigkeiten sind einer aufgeklärten Gesellschaft unwürdig.

Als weiteren Punkt würde ich unbedingt anmerken, dass in Zeiten, in denen alle Welt von Diversifizierung in allen Ebenen der Arbeitswelt spricht, sich der Kreis der Wissenschaftler*innen immer noch aus einem viel zu engen sozialen Umfeld und aus viel zu wenigen sozialen Aufsteigern rekrutiert. Die Zugänge aus Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit geringem Einkommen könnten nach Jahrzehnten des Bildungsdiskurses endlich zunehmen und die Prozentanteile im einstelligen Bereich merklich anheben. Das wäre auch ein Beitrag zur Demokratisierung und nicht zuletzt zur breiteren Akzeptanz von Wissenschaft in der Gesellschaft. Solange der Wert von Wissenschaft vor allem in Akademikerhaushalten oder den sowieso Begünstigten seine Anerkennung findet, ist umgekehrt die Vorstellung von einer geheimen und verborgenen Welt der Orte, an denen Wissen auf geheimnisvolle Weise entsteht, vorhanden. Das ist für eine Wissensgesellschaft ein unhaltbarer Zustand. Das ist der entscheidende Grund, warum ich mich als Arbeiterkind bei Arbeiterkind.de engagiere – ein großartiges Netzwerk zur Förderung derjenigen, die zum ersten Mal in ihren Familien studieren.

Ihr Buch trägt im Titel auch die »intellectual resistance«; wie schätzen Sie denn generell die Chancen ein, dass sich Wissenschaftler*innen gegen staatliche Unterdrückung und Einschränkungen erfolgreich wehren können? Und wie?

Für einen Erfolg gibt es keine Patentlösung. Aber sie können Vorbild sein, über den engen Bereich ihrer Expertise hinaus. Sie können sich in die politischen Bewegungen und Auseinandersetzungen einmischen, wie Frau Vatansever und ich es mit der Konferenz und dem Buch gerade machen. Wenn es hart auf hart kommt, können sie gehen. Das findet sowieso in einem großen globalen Umfang statt – freiwillig und unfreiwillig – und trägt zum Zusammenwachsen der Weltgesellschaft bei. Letztendlich sollte es jedoch für jede Gesellschaft ein Alarmzeichen sein, wenn die besten Köpfe gehen. Russland hat sich von dem braindrain, der den ereignisreichen Jahren 1917ff. folgte, nie erholt. Die fehlende Freiheit der Wissenschaften hängt wie ein

Überblick

Aktuell	2
Forschung	5
International	12
Kultur	13
Campus	14
Impressum	15
Bücher	18
Bibliothek	19
Studium	20
Menschen	22
Termine	23

¹Dazu aktuell in der New York Times: Where Did the Coronavirus Come From? What We Already Know Is Troubling. <https://nyti.ms/3xOXC3q> (26-6-21).

Zwischen Bühne und Bibliothek

Wie der Frankfurter Master »Comparative Dramaturgy and Performance Research« beides zusammenbringt.

Wann waren Sie das letzte Mal im Theater? Oder auf einem Festival? Und wie war die Performance? Hoffentlich waren mehr gute als schlechte Darbietungen dabei. Aber was genau macht eine gute Performance aus? Wie inszeniert man ein Theaterstück? Wie erzählt man eine Geschichte? Und wie schafft man es, dass das Theater zu einem Aushandlungsplatz gesellschaftlicher Prozesse wird? Mit diesen Fragen beschäftigen sich Dramaturgen und Dramaturginnen. Sie sind diejenigen, die im Theater die Fäden in der Hand halten. Die theoretischen, politischen und ästhetischen Zusammenhänge im Blick zu behalten, ist dabei eine ihrer Hauptaufgaben. Und wie das geht, kann man sich in Frankfurt aneignen. Mit dem Master Comparative Dramaturgy and Performance Research wurde 2017 ein weltweit einzigartiges Programm ins Leben gerufen. Fünf europäische Universitäten sind beteiligt. Im Fokus stehen internationale und interkulturelle Theaterpraxis und -forschung. Gefördert wird außerdem die interdisziplinäre und praktische Auseinandersetzung mit dem Theater. Wenn alles gut läuft, haben die Studierenden nach zwei Jahren an zwei Universitäten zwei Abschlüsse in der Tasche. Was zwischendrin passiert, erzählen hier die Studiengangsleitung und eine Studentin.

Internationalisierung

Alles begann 2002 mit dem Frankfurter Master Dramaturgie. Damals der erste seiner Art an einer deutschen Universität, sollte er auch an anderen Hochschulen bald Einzug halten. Im Mittelpunkt stand die deutschsprachige Theaterlandschaft. Doch die Internationalisierung der Kulturszene schritt in den vergangenen Jahren weiter voran. Große Projekte, wie Festivals, Theaterinszenierungen, choreographische Arbeiten oder Installationen im Bereich der Bildenden Kunst, werden immer mehr international geplant und umgesetzt. Damit wachsen auch die interkulturellen Anforderungen an die Dramaturgie. Um diesen veränderten Anforderungen gerecht zu werden, wurde 2017 der Master CDPR konzipiert. „Unsere Leitlinien sind die

Internationalisierung, die Auseinandersetzung mit dem experimentellen Gegenwartstheater und mit den Fragen der Kritischen Theorie“, so bringt es Nikolaus Müller-Schöll, Professor für Theaterwissenschaft und Leiter des Studiengangs CDPR, auf den Punkt.

Vier Partneruniversitäten und Theaterakademien konnte Frankfurt für sein Programm gewinnen: Paris, Brüssel, Helsinki und Oslo. Diese Kooperation ging aus den internationalen Aktivitäten der Theaterwissenschaft hervor, die seit bald zehn Jahren pro Semester drei internationale Gastwissenschaftler und Gastwissenschaftlerinnen zu Vorträgen einlädt und mit Förderung des DAAD auf die Friedrich Hölderlin-Gastprofessur für Allgemeine und Vergleichende Theaterwissenschaft regelmäßig internationale Forschende nach Frankfurt holte. Der Studiengang CDPR ermöglicht nicht nur fachlichen Austausch, sondern auch einen obligatorischen Auslandsaufenthalt für die Studierenden, den sie mit einem Doppelmaster abschließen. Verbringen sie das erste Jahr noch in Frankfurt, geht es im zweiten Jahr ins Ausland. Das hieß bisher nach Paris oder Brüssel, doch im kommenden Herbst öffnen sich auch die Theaterakademien in Helsinki und Oslo für die Frankfurter Studierenden. „Ich war überrascht, dass ich mich in Brüssel gleich so wohlgefühlt habe“, erzählt Antonia. Sie stieg nach ihrem Bachelorstudium der Sprach- und Textwissenschaften in Passau in den Masterstudiengang ein. Neben der Brüsseler Universität, fesselte sie vor allem die Kulturszene der belgischen Hauptstadt: „In Belgien gibt es eine hoch entwickelte Zirkuskultur, die ich sehr inspirierend finde. Besonders weil ich den Zirkus vorher nicht als Kulturinstitution auf dem Schirm hatte.“ Doch nicht nur das erweiterte Kulturprogramm, sondern auch die Interkulturalität hat einen Eindruck bei Antonia hinterlassen: „Belgien und vor allem Brüssel sind sprachlich und kulturell divers und das sieht man auch vor allem auf den kleinen Bühnen.“

Spiele und netzwerken

„Wir ermutigen unsere Studierenden, neben der Universität auch praktische Erfahrungen



zu sammeln“, erklärt Sophie Osburg, Koordinatorin des Studiengangs. Regelmäßig finden Exkursionen zu Kulturinstitutionen statt, wie den Münchner Kammerspielen. Gemeinsam mit Kooperationspartnern wie dem Künstlerhaus Mousonturm, der Wiesbaden Biennale oder der Ruhrtriennale bietet der Studiengang Workshops, Sommerakademien und Master Classes an. Antonia nahm im Rahmen ihres Auslandsaufenthalts u.a. an Workshops zu den Themen Filmische Inszenierung und Accessibility an der Beursschouwburg, einem multidisziplinären Kunstzentrum in Brüssel, teil. „Diese Veranstaltungen sind wichtig, um sich ein berufliches Netzwerk aufzubauen und vor allem mit Gleichdenkenden zu connecten“, findet Antonia. Ein wichtiger Teil des Studiums ist, dass die Studierenden auch mal selbst auf der Bühne stehen. „Wir laden regelmäßig internationale Künstler und Künstlerinnen ein, die mit den Studierenden Arbeiten auf unserer Probebühne oder in der Stadt auf die Beine stellen“, so Müller-Schöll. Für Antonia ist das ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite sei die praktische Arbeit innerhalb von Seminaren wichtig, auf der anderen Seite würden die Studierenden aber auch zu kunstschaffender Praxis außerhalb der Universität angehalten werden, was viel Engagement und

Zeit bedeutet. Sie findet, dass es nicht immer einfach ist, alles unter einen Hut zu bekommen: „Besonders wenn man einen Nebenjob hat, der nichts mit der Kulturszene zu tun hat, kann es schwierig sein, nebenbei noch ein oder sogar mehrere Theaterstücke zu begleiten.“

Das Masterprogramm ist beliebt bei den Bachelorabsolventen. „Wir erhalten jedes Jahr sehr interessante Bewerbungen“, erzählt Osburg. Bewerber und Bewerberinnen kämen auch aus dem außereuropäischen Ausland, wie z.B. dem Iran, Taiwan, den USA oder Israel. Erste praktische Erfahrungen im Bereich Theater werden erwartet, aber ein Bachelor der Theaterwissenschaft ist kein Muss. „Wir nehmen gerne auch Studis mit einem sprachlichen oder sozialwissenschaftlichen Abschluss auf“, sagt Müller-Schöll. Und auch Absolventinnen eines praktisch orientierten Studiengangs, wie z.B. Grafikdesign oder Regie, haben schon den Einstieg gefunden. Diese bunte Mischung fördere die Interdisziplinarität des Studiengangs. „Durch die fachlich und kulturell diversen Hintergründe unserer Studis lernen wir Lehrenden beständig noch einiges dazu, besonders wenn es um Fragen der Diversität und Inklusion geht“, erklärt Müller-Schöll.

Nach dem Abschluss gehen manche Absolventen klassisch ans Theater, auch international. Müller-Schöll erwähnt eine Studentin, die nun am Theater in Wien arbeitet. Viele arbeiten bei Festivals oder international produzierenden Künstlergruppen. Andere wiederum blieben der Universität treu und promovierten. Antonia hingegen möchte in die Filmbranche: „Ich habe einige Zeit lang bei arte gearbeitet und könnte mir vorstellen, dahin zurückzukehren. Auch spannend wäre die Arbeit in der Produktion und das dramaturgische Begleiten von fiktiven Filmen oder Dokumentationen.“ Die Studiengangsleitung blickt ebenfalls in die Zukunft und möchte die nationalen Strukturen der Dramaturgie weiter hinter sich lassen. Bereits assoziierte internationale Kooperationspartner in Afrika, den USA und im Nahen Osten sollen perspektivisch in das Masterprogramm integriert werden. **Natalia Zajić**

Fortsetzung von Seite 2

Mühlstein um den Hals der russischen Gesellschaft und hindert es Russland, seinen Reichtum, über den es zweifelsohne verfügt, zum Nutzen und Wohlstand aller zu erschließen. Die gegenwärtige Tendenz, sozusagen als Ersatz die wenigen Nischen im System als Orte der Freiheit hoch zu stilisieren, wie wir dies auch in unserem Sammelband am Beispiel des Systems der „Sharyska“ unter Stalin dokumentiert haben, verdeckt nur das Misstrauen, das von den russischen Autokraten – denen des 20. wie denen des 21. Jahrhunderts – unabhängigen und freien Wissenschaftlern entgegengebracht wird. Die Wissenschaftsfreiheit zu verteidigen, ist in Russland bis heute unmöglich. Russische Wissenschaftler machten und machen deshalb Karriere in Europa und noch viel mehr in den USA wie die Exilierten aus Europa in der Zeit der autoritären Staaten auch – Albert Einstein, um nur einen Namen zu nennen. Der Aufstieg der USA im 20. Jahrhundert ist eine einzige

Erfolgsgeschichte des braingain, also des Einsammelns der Davongelaufenen.

Das amerikanische Universitätssystem hat das von Anbeginn an kultiviert. Ich habe das persönlich einmal auf einer Konferenz in Delhi erlebt, wie ein amerikanischer Kollege sah, wie viele gut ausgebildete Inder dort versammelt waren. Er hat daraufhin eine Initiative mit seiner und mehreren anderen amerikanischen Universitäten gestartet und sie haben per Stipendienprogrammen nicht weniger als 600 dieses Nachwuchses an Wissenschaftler*innen in die USA geholt. Thematisch ging es um den Bereich Stadt- und Verkehrsplanung und -infrastruktur. Er war ziemlich stolz, als er mir das ein paar Jahre später bei einem anderen Treffen erzählte, und er konnte es sein.

Wie auch immer, in Deutschland können sich Wissenschaftler frei artikulieren und sie können Reformen des Systems und die Verbesserung der Verankerung der Wissenschaft in der Gesellschaft einfordern – und sie tun das ja auch.

In Deutschland wird seit einigen Jahren auch an den Universitäten über die geeignete Diskussionskultur gestritten. Schlagwörter wie »Cancel Culture« werden dabei bemüht, um einen Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit gewissermaßen »von links« zu beschreiben. Dies wird wiederum von vielen Stimmen bestritten. Wie würden Sie diese Debatte einordnen – gibt es da Anknüpfungspunkte zu den von Ihnen behandelten Aspekten oder handelt es sich um eine andere Debatte?

Ich mache es kurz. Wer Diskussionen auch mit falschen und politisch gefährlichen, weil populären Ideologien per Verbot unterbindet, wird auf Dauer faul und träge im Kopf und verrät auf diese Weise die Sache der Wissenschaft vom Grundsatz her, weil zugelassen wird, dass nicht mehr das überzeugende Argument und das bessere Wissen zählt, sondern der Glaube an ein Dogma, neben dem etwas anderes keinen Platz haben darf. Wissenschaft benötigt Positionierung und man sollte seine Überzeugungen auch

gegen Unwillen und Unmutsbezeugungen verteidigen. Wir leben zudem in einem Rechtsstaat und wenn in Diskursen Gewalt angedroht wird, bietet dieser auch auf Anforderungen Schutz. Es gibt in Deutschland Verbote, wenn auch wenige, wenn die Freiheiten anderer eingeschränkt werden. Aber derartige Gesetze sind letztendlich immer nur Krücken und sollten eher eingeschränkt als ausgeweitet werden. Statt einer cancel culture wäre ich für eine convince culture.

Fragen: Dirk Frank

Eine längere Version des Beitrages steht im Webmagazin der Goethe-Universität unter <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/forschung/sammelband-uber-wissenschaftsfreiheit-erschienen>